

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

18. Januar - 24. Januar 2025

Diese Woche stand ganz im Zeichen des deutsch-französischen Tages. Aus diesem Anlass trafen sich Emmanuel Macron und Olaf Scholz in Paris, um sich über die Zukunft Europas und die Unterstützung für die Ukraine auszutauschen. Am folgenden Tag trafen sich auch die beiden Verteidigungsminister Sébastien Lecornu und Boris Pistorius im Museum der Streitkräfte im Invalidendom. Im Rahmen dieses Treffens wurden weitere Vereinbarungen für gemeinsame Kooperationsprojekte unterzeichnet, darunter eine Industrievereinbarung für das Main Ground Combat System (MGCS), die Bereitstellung der Deutsch-Französischen Brigade für die NATO sowie eine technische Vereinbarung zur Verstärkung des deutsch-französischen Transportgeschwaders in Évreux. Am Abend wurde Boris Pistorius von Sébastien Lecornu mit dem französischen Orden der Ehrenlegion ausgezeichnet.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat nach Donald Trumps Amtseinführung zu einer stärkeren europäischen Verteidigungsstrategie aufgerufen. Er warnte vor Europas Abhängigkeit von den USA, insbesondere in Sicherheitsfragen, und sieht Trumps Rückkehr als Chance für Europa, strategisch eigenständiger zu werden. Macron betonte die Notwendigkeit, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und ihr Sicherheitsgarantien für die Zeit nach dem Krieg zu bieten. Zudem wies er auf die sich wandelnden globalen Prioritäten hin, wie die strategische Bedeutung Grönlands.

Die französische Ministerin für Arbeit und Beschäftigung, Astrid Panosyan-Bouvet, schlägt vor, Rentner die „es sich leisten können“ zu besteuern, um das Sozialversicherungsbudget zu finanzieren. Diese Maßnahme soll auf Rentner abzielen, deren monatliche Renten € 2.000 oder € 2.500 übersteigen und soll dazu beitragen, zwischen € 500 und € 800 Millionen aufzubringen, um die jährlich erforderlichen € 2,5 Milliarden für die Finanzierung des Bereichs Autonomie der Sozialversicherung zu sichern. Die Ministerin betonte die Notwendigkeit, die finanzielle Last, die derzeit hauptsächlich von Unternehmen und Arbeitnehmern getragen wird, besser zu verteilen und eine inter- und intragenerationelle Solidarität zu fördern. Sie erwähnte auch die Möglichkeit für Arbeitnehmer, 7 Stunden unbezahlte Mehrarbeit zu leisten, was einer Verlängerung der Arbeitszeit um 10 Minuten pro Woche entspricht. Dieser Vorschlag hat selbst innerhalb der Regierungskoalition kritische Reaktionen hervorgerufen. Regierungschef Bayrou bleibt offen für Gespräche mit Sozialpartnern und Parlamentariern.

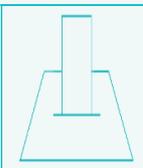
Emmanuel Macron will die Franzosen noch vor dem Frühjahr über seine Pläne für Referenden informieren, die er zum neuen Jahr am 31. Dezember 2024 angekündigt hatte. In der Ansprache, in der Macron erstmals auch eine Mitverantwortung für das politische Chaos in Frankreich wegen der beschlossenen Parlamentsauflösung übernahm, kündigte der Präsident an, dass die Franzosen im Jahr 2025 über bestimmte Themen „entscheiden“ sollen. Welche Themen den Franzosen vorgelegt werden, bleibt unklar. Es könnte sich um politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Themen handeln. Beim letzten der insgesamt neun Referenden der Fünften Republik (oder zehn, wenn man das Referendum über die Verfassung der Fünften Republik hinzuzählt) lehnten die Franzosen im Mai 2005, unter der Präsidentschaft von Jacques Chirac, den Vertrag über eine Verfassung für Europa mit 54,67 % zu 45,33 % ab.

Emmanuel Macron kündigt eine Überarbeitung und Überprüfung der nationalen Sicherheitsstrategie an und stellt Erhöhungen der Militärausgaben in Aussicht. Auch wenn Macron noch keine genauen Zahlen nannte, ist festzuhalten, dass der erst vor knapp eineinhalb Jahren verabschiedete Militärausgabenplan bis 2030 bereits eine Erhöhung um mehr als 3 Milliarden Euro pro Jahr vorsieht. Macrons Äußerungen sind auch für die EU von großer Bedeutung. Sie gehen einher mit der Forderung, nicht mehr zwei, sondern drei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben. Ein Anteil, den Polen bereits überschritten hat, während Litauen am 17. Januar ankündigte, fünf Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben zu wollen. Das Generalsekretariat für Verteidigung und nationale Sicherheit ist nun in Frankreich damit betraut, „die Konturen unserer Gesamtverteidigung und der Aufrüstung, einschließlich der moralischen Aufrüstung“ zu definieren, erklärte Macron weiter.

Der Premierminister François Bayrou möchte das Gesetzesprojekt zur Sterbehilfe in zwei Teile aufteilen und das Thema der Palliativversorgung separat behandeln. François Bayrou ist seit Langem gegen ein Gesetz, das den Weg für eine Sterbehilfe ebnet, indem es einen assistierten Suizid entkriminalisiert. Dieser Vorschlag, das Gesetzesprojekt zu teilen, stößt auf Kritik, da er von Gegnern der Sterbehilfe als Kompromiss gesehen wird, jedoch von Befürwortern einer ganzheitlichen Lösung abgelehnt wird. Yaël Braun-Pivet, Präsidentin der Nationalversammlung, wirft Bayrou vor, das Gesetzesvorhaben auf diese Weise zu blockieren. Bayrou hingegen priorisiert die Palliativversorgung und möchte die beiden Themen getrennt, aber gleichzeitig behandeln.

Die vom ehemaligen Premierminister Edouard Philippe gegründete Partei *Horizons*, hat mit Paul Christophe einen neuen Fraktionsvorsitzenden. Christophe, der in der kurzen Regierung Barnier drei Monate lang Minister für Solidarität, Autonomie und Gleichstellung von Frauen und Männern war, übernimmt den Vorsitz nach dem Eintritt des bisherigen Fraktionsführers Laurent Marcangeli in das Kabinett des neuen Premierministers Bayrou als Minister im Ministerium für öffentliche Verwaltung, öffentlichen Dienst und Vereinfachung. Christophe trat gegen Agnès Firmin Le Bodo an und setzte sich gegen die ehemalige Gesundheitsministerin (Regierung Borne) mit 19 zu 9 Stimmen durch.

Das Trinkwasser in Frankreich ist stark mit PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen - „Ewigkeits-Chemikalien“) belastet, insbesondere mit Trifluoressigsäure (TFA), einem Nebenprodukt industrieller Schadstoffe und Pestizide. Zwei neue Studien zeigen hohe Konzentrationen, die oft weit über dem Grenzwert von 100 ng/L liegen, mit Rekordwerten in Paris (6.200 ng/L) sowie in Städten wie Nantes, Marseille oder Rennes. Trotz der besorgniserregenden Toxizität von TFA gelten in Frankreich Grenzwerte, die deutlich über den Empfehlungen anderer europäischer Länder liegen. NGOs und Experten fordern strengere Vorschriften und ein Verbot von PFAS, die extrem stabil sind und daher als Ewigkeits-Chemikalien bezeichnet werden, zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Grünen *Les Écologistes* und Pariser Senator (*EELV*), **Yannick Jadot**, gab am Montag in einem Interview mit der Tageszeitung *Le Parisien* bekannt, dass er für die Nachfolge von Anne Hidalgo an der Spitze des Pariser Rathauses kandidieren möchte. Etwas mehr als ein Jahr vor den für März 2026 geplanten Kommunalwahlen positioniert sich Yannick Jadot als Hauptkonkurrent von Rachida Dati, der amtierenden Kulturministerin und Bürgermeisterin des 7. Arrondissements (*parteilos* - ehemalige *LR*).



DIE ZAHL DER WOCHE

€ 12 Milliarden

So viel hat laut Angaben der Arbeits-, Gesundheits- und Solidaritätsministerin Catherine Vautrin das Misstrauensvotum gegen die Regierung Barnier gekostet. Ohne die Verabschiedung des Budgets könnte das Defizit der Sozialversicherung noch auf bis zu € 30 Milliarden ansteigen. Gleichzeitig warnte der Wirtschaftsminister Éric Lombard in einem Fernsehauftritt vor einer Wachstumsverlangsamung von etwa 0,3 % des BIP, was einem Verlust von € 6 Milliarden durch ausbleibende Investitionen und fehlende Maßnahmen entspricht.